

**Zeitschrift:** Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte =  
Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**Band:** 16 (2000)

**Artikel:** Aufnahme und Vertreibung von Juden in Schweizer Städten im  
Spätmittelalter

**Autor:** Gilomen, Hans-Jörg

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-871992>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Aufnahme und Vertreibung von Juden in Schweizer Städten im Spätmittelalter

### *Das Problem*

Mit den Vertreibungen der Juden aus den deutschen Reichsstädten im Verlauf des 15. Jahrhunderts hat sich monographisch zuletzt Markus J. Wenninger in seiner 1981 erschienenen Dissertation auseinandergesetzt. Das Buch steht unter dem Titel und endet auch mit diesem angeblichen Sprichwort des 16. Jahrhunderts: «Man bedarf keiner Juden mehr, es sind andere, die wuchern können.»<sup>1</sup> Nach der These Wenningers, die sich in der neueren Forschung weitgehend durchgesetzt hat, lassen sich Aufnahme und Vertreibung der Juden in den Reichsstädten des späten Mittelalters monokausal erklären aus dem Bedürfnis der Wirtschaft nach jüdischen Krediten. Als diese Kredite aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entbehrlich wurden, vertrieb man die Juden.<sup>2</sup> Das «Sprichwort» impliziert indes auch, dass diese Kreditform durch Christen weitergeführt wurde. Solche Kredite sind also doch wohl gerade nicht wirtschaftlich obsolet geworden. Es scheine, so Wenninger, «dass die Städte mit der Zeit eine wirtschaftliche Selbständigkeit erreichten, die es ihnen erlaubte, auf die Juden weitgehend zu verzichten, und zwar nicht nur im grossen Geldgeschäft, sondern auch bei der Pfandleihe [...]».<sup>3</sup> Wenninger verallgemeinert seine These sogar so weit, dass er die bereits früher – in England 1290, in Frankreich 1306 – erfolgten, ja selbst die im Reich zeitlich gestaffelten Vertreibungen auf den jeweils unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand zurückführt.<sup>4</sup> Allerdings sieht er durchaus, dass seine eigenen empirischen Befunde seine These teilweise nicht zu belegen scheinen, da eine aufblühende Stadt wie Basel ebenso wie eine schrumpfende wie Freiburg i. Br. oder eine bankrotte wie Mainz auf die Kredite der Juden verzichtet hat.<sup>5</sup> Er glaubt deshalb, die Lösung müsse in der *allgemeinen* wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Indikator dafür ist ihm die Höhe des Zinsfusses von Wiederkaufsrenten. Dieser Zinsfuss zeigt bekanntlich ein ausgeprägtes Gefälle von hohen Sätzen im «unterentwickelten» Osten zu niedrigen Sätzen im «entwickelten» Westen.<sup>6</sup>

Einiges spricht auch beim Zinssatz für Darlehen, der in der Frage des jüdischen Kredits meines Erachtens wesentlich ist, für ein ähnliches Gefälle.<sup>7</sup>

Die Kritik dieser These kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Grundsätzlich wäre zunächst in Frage zu stellen, ob es so etwas wie eine makroökonomische Gesamtentwicklung im modernen Sinn in einer Wirtschaft schon gegeben haben kann, die gerade durch eine Zersplitterung der Märkte und damit ein widersprüchliches Nebeneinander von Konjunktur und Krise auf engem Raum charakterisiert war. Das zeigt sich etwa darin, dass der wirtschaftliche Abstieg Zürichs im 15. Jahrhundert mit dem gleichzeitigen Aufschwung des nahen St. Gallen kontrastiert.<sup>8</sup>

Wenn das wirtschaftlich und insbesondere im Kreditsektor ja nicht gerade rückständige Florenz 1437 die Darlehenslizenzen für Christen zurückgezogen und den Darlehenswucher den Juden reserviert hat, so zeigt sich darin gerade kein Verzicht auf allenfalls entbehrlich gewordene jüdische Kredite und insbesondere das Gegenteil einer Substitution der Juden durch christliche Geldhändler.<sup>9</sup> Florenz blieb im spätmittelalterlichen Italien kein Einzelfall.<sup>10</sup> Jüngst ist wieder betont worden, dass das Darlehensgeschäft in Norditalien bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts in den Händen der Christen lag und erst von diesem Zeitpunkt an in jene der Juden überging. Michele Luzzati spricht unter dem Titel «Dal prestito cristiano al prestito ebraico» vom Übergang von einem christlichen zu einem jüdischen *Monopol* des Konsumkredits.<sup>11</sup> Bekanntlich haben die Franziskaner, aber auch die städtischen Obrigkeiten durch die Errichtung der *Montes pietatis* in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ganz bewusst auf die Zurückdrängung der jüdischen Dominanz in diesem Kreditsegment hinzuwirken versucht.<sup>12</sup> Auch hier spielten Krisen und Konjunkturen in einzelnen Städten für diese Entwicklung eine geringe Rolle; aber mit der *allgemeinen* wirtschaftlichen Rückständigkeit kann im Falle Norditaliens wohl gewiss auch nicht argumentiert werden. Übrigens sind gleichfalls im 14. Jahrhundert die lombardischen Pfandleiher im Tirol durch jüdische verdrängt worden.<sup>13</sup> Neuere Untersuchungen haben auch die Vertreibungen der Juden aus England 1290 und Frankreich 1306 keineswegs als den Verzicht auf dank wirtschaftlicher Entwicklung und Selbständigkeit überflüssig gewordene jüdische Kredite interpretiert.<sup>14</sup> In England sind bekanntlich anstelle der Juden die gleichfalls fremden Lombarden getreten, in Frankreich waren es lombardische und einheimische Wucherer.<sup>15</sup>

Wenn es tatsächlich eine makroökonomische Entwicklung aufgrund der Vernetzung der Wirtschaft gegeben hat, würde diese hier in Norditalien also nichts erklären. Es wäre ohnehin zu fragen, ob und wie die Zeitgenossen sie denn über-

haupt hätten wahrnehmen können. Es sind ja nicht die Prozesse und Ereignisse selbst, welche das Handeln der Menschen bestimmen, sondern allein ihre Wahrnehmung. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung für unsere Frage ohnehin sekundär ist, dass wir nicht zu fragen haben, ob der jüdische Kredit wirtschaftlich tatsächlich entbehrlich *war*, sondern ob er den Zeitgenossen entbehrlich oder sogar schädlich *erschien*.

Da trotz ausgeprägter zeitgenössischer Skepsis gegenüber allen Formen des Kredits nicht damit zu rechnen ist, dass auch alle Kreditformen für entbehrlich gehalten wurden, stellt sich weiter die Frage, welche Eigenschaften denn den jüdischen Kredit von anderen Formen unterschied, falls gerade der jüdische Kredit für unnötig oder schädlich erachtet wurde. Bis in die neueste Forschung hinein ist umstritten, welche ökonomische Rolle die jüdischen Geldgeber im Spätmittelalter gespielt haben. Es kann nicht bezweifelt werden, dass immer noch einige von ihnen in der Lage waren, ganz bedeutende Summen auszuleihen. In diesem Segment grösserer Summen von Bargeld konnte der jüdische Kredit aber durch den Kredit in Form von Rentenverkäufen substituiert werden, sofern belastbare Immobilien oder Erträge als Sicherheit zur Verfügung standen. Die Zinssätze der Renten waren konkurrenzlos günstig. Deshalb sind jüdische Darlehen mit grosser Stückelung schon seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts mit Sicherheit in diesem Kreditsegment nicht mehr konkurrenzfähig. Nur für kurzfristige, rasche Beschaffung flüssiger Mittel oder bei Fehlen geeigneter belastbarer Objekte und mangelnder Bonität der Schuldner konnte es hier Sinn machen, viel höher verzinsliche, jüdische Kredite zu beanspruchen. Tatsächlich finden sich jüdische Darlehen in der praktisch ganz auf Rentenanleihen umgestellten städtischen Finanzwirtschaft im 15. Jahrhundert nur noch ausnahmsweise, wobei dann zudem oft ausserökonomische Bedingungen mit hineinspielten.<sup>16</sup> Die Hauptmasse der jüdischen Kredite des späten Mittelalters waren hingegen durch Renten, deren Stückelung nur selten unter 100 Gulden sank, kaum substituierbar. Es handelte sich dabei nämlich um kurzfristige kleine Darlehen im Bereich weniger Schilling bis zu einigen Gulden, die häufig bloss durch Faustpfänder gesichert wurden.<sup>17</sup> Das mag auch damit zusammenhängen, dass die Finanzkraft der Juden im allgemeinen wegen der Judenschuldentilgungen der Könige Wenzel und Sigmund an der Wende zum 15. Jahrhundert stark zurückgegangen war. In diesem Segment des Kleinkredits konnten immobilargesicherte Kredite nicht anstelle der jüdischen Darlehen treten. Während die Rentenverzinsung trotz immer wieder aufblackernden Diskussionen schon längst nicht mehr ernsthaft unter Wucherverdacht

stand, wurde die Verzinsung solcher Darlehen am schärfsten als wucherisch verpönt.<sup>18</sup> Die Substitution der jüdischen durch christliche Geldverleiher erschien gerade hier von der christlichen Lehre her zwar unmöglich, und doch begegnen schon längst in denselben Geschäften auch Christen, die Lombarden und Cahorsiner sogar als privilegierte Spezialisten.<sup>19</sup> Auch wurde gelegentlich durch öffentliche Pfandleihbanken die christliche Substitution durchgeführt.

Eine letzte allgemeine Überlegung. Vielleicht ist die Frage, ob die Vertreibung der Juden auf ihre Entbehrlichkeit zurückging, ohnehin zu unscharf gestellt. Vertreibungen der Juden hat es immer wieder gegeben; immer aber sind sie auch wieder zurückgekehrt. Die Frage müsste also eher lauten, was ihre Rückkehr verhindert hat.

#### *Der Befund im Gebiet der Schweiz*

In einem zweiten Schritt wende ich mich der Empirie im Gebiet der heutigen Schweiz zu. Im Vordergrund der weiteren Überlegungen stehen zunächst jene 12 beziehungsweise 14 Städte, in denen im Spätmittelalter grössere jüdische Gruppen ansässig waren (siehe Tab. 1).

Chronologisch beschränke ich mich auf die Zeit nach der grossen Katastrophe des askenasischen Judentums in den Pogromen der Pestzeit 1348/49 (siehe Tab. 2).

Die Neuaufnahme von Juden erfolgte in einzelnen Städten schon sehr bald nach der Katastrophe, in anderen verzögerte sie sich um mehrere Jahrzehnte.<sup>20</sup> Schon im Februar 1354 nahm der Zürcher Rat alle in der Stadt mit eigenem Raussesshaften Juden in seinen Schutz.<sup>21</sup> Ausser in Zürich ist im ersten Jahrzehnt nach den Verfolgungen die Neuaufnahme nur noch in Freiburg belegt. Im zweiten Jahrzehnt folgte Basel. Erst nach etwa einer Generation werden die Belege für ansässige Juden dann im dritten Jahrzehnt dichter.

#### *Gründe für die Aufnahme*

Bei den Motiven, Juden in die Stadt aufzunehmen, stand deren Nutzen als Geldverleiher sicher im Vordergrund. Wenn Urkunden über die Aufnahme überliefert sind, wird darin regelmässig die Geldleihe geregelt. Fiskalisch war man unter Umständen sogar zu einem Opfer bereit. Als der Rat von Zürich 1357 die jüdi-

Tab. 1: Städte mit grösseren jüdischen Bevölkerungsgruppen im Spätmittelalter

Ort	Ausstattung
Basel	Judengasse, Synagoge, Bad, Friedhof.
Diessenhofen	Synagoge
Genf	Judengasse, Synagoge, Friedhof
Lausanne	Judengasse, Synagoge, Friedhof
Luzern	Judengasse, Synagoge
Murten	Judengasse, Synagoge
Neuenburg	?
Rheinau	?
Schaffhausen	Judengasse, Synagoge
Solothurn	Judengasse, Synagoge
Zofingen	Judengasse, Friedhof
Zürich	Judengasse, Synagoge, Friedhof
Bern:	nur einzelne Namen
Freiburg i. Ü.:	keine verwertbaren Angaben

Quelle: Beat Meier, «Zur Geschichte der Juden im Mittelalter. Aspekte der spätmittelalterlichen Judensiedlungen im Gebiet der heutigen Schweiz», in: *Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz* 40 (1984), S. 20–28, mit Korrekturen.

Tab. 2: Aufnahmen beziehungsweise Erstbelege nach der Katastrophe von 1348/49

Zeit	Ort
um 1354	Zürich <sup>*1</sup>
1356	Freiburg i. Ü. <sup>*2</sup>
1362	Basel <sup>*3</sup>
1369/70	Schaffhausen <sup>*4</sup>
1375	Biel <sup>*5</sup>
1375	Bern <sup>*6</sup>
1377	Solothurn <sup>*7</sup>
1379	Rapperswil <sup>*8</sup>
1380	St. Gallen <sup>*9</sup>
1386	Murten <sup>*10</sup>

Zeit	Ort
1393	Winterthur <sup>*11</sup>
1396	Diessenhofen <sup>*12</sup>
1396	Genf <sup>*13</sup>
2. Hälfte 14. Jh.	Luzern <sup>*14</sup>
1404	Mellingen <sup>*15</sup>
1408	Lausanne <sup>*16</sup>
1415	Lenzburg <sup>*17</sup>
1416	Wil (SG) <sup>*18</sup>
1418	Arbon <sup>*19</sup>
1418	Rheinfelden <sup>*20</sup>
1420	Schaffhausen: Neuaufnahme nach Ermordung 1401 <sup>*21</sup>
1423	Bremgarten <sup>*22</sup>
1424	Zürich: Neuaufnahme nach Ausweisung 1423 <sup>*23</sup>
1457	Stein am Rhein <sup>*24</sup>
1457	Münchenstein <sup>*25</sup>
1474	Kaiserstuhl <sup>*26</sup>
1496	Wülflingen <sup>*27</sup>

Quellen: \*1 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 1726–1749. \*2 Ebd., S. 399. \*3 Ebd., S. 82. \*4 *Germania Judaica II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts*, 2 Bände, Tübingen 1968, S. 741; Hans Wilhelm Harder, «Ansiedlung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen, 1299–1699», in: *Beiträge zur Schaffhauser Geschichte* 1 (1863), S. 33–70, hier 43. \*5 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 113. \*6 Ebd., S. 106. \*7 Ebd., S. 1378. \*8 Ebd., S. 1169. \*9 Staatsarchiv St. Gallen, Stadtbuch [Mitte 14. Jahrhundert], Nr. 538, 520. \*10 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 921. \*11 Ebd., S. 1659. \*12 Ebd., S. 230. \*13 Hans-Jörg Gilomen, «Spätmittelalterliche Siedlungssegregation und Ghettoisierung, insbesondere im Gebiet der heutigen Schweiz», in: *Stadt- und Landmauern*, Bd. 3: *Abgrenzungen – Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt* (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich 15, 3), Zürich 1999, S. 85–106, hier 98. \*14 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 768. \*15 Ebd., S. 856. \*16 Thomas Bardelle, Jean-Daniel Morerod, «La lutte contre l’usure au début du XVe siècle et l’installation d’une communauté juive à Lausanne», in: *Etudes de Lettres* 4 (1992), S. 3–20, hier 3. \*17 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 739. \*18 Ebd., S. 1644. \*19 Ebd., S. 23. \*20 Ebd., S. 1241. \*21 Hans Wilhelm Harder, «Ansiedlung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen, 1299–1699», in: *Beiträge zur Schaffhauser Geschichte* 1 (1863), S. 51. \*22 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 156. \*23 *Die Zürcher Stadtbücher des XIV. und XV. Jahrhunderts*, hg. von H. Zeller-Werdmüller, Bd. 2, Leipzig 1901, S. 186, Nr. 225; S. 192 f., Nr. 229. \*24 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 1407–1409. \*25 Ebd., S. 907. \*26 Ebd., S. 601. Die Eidgenossen protestierten 1475 gegen die Aufnahme von Juden in Kaiserstuhl. \*27 Ebd., S. 1698.

schen Gebrüder Mennlin und Pedit von München aufnahm, erliess er zugleich den in der Stadt ansässigen Juden für vier Jahre alle Steuern.<sup>22</sup>

Noch deutlicher ist diese Motivation im Falle von Bern. Nach einer Vertreibung 1404/05 wurden im Jahr 1408 hier erneut Juden ansässig. Der Rat betonte dabei, er habe zwar wegen bestimmter Dinge<sup>23</sup> beschlossen, keine Juden mehr in der Stadt zu dulden, er habe jedoch «[...] an unser erber gemeinde verstanden und gemerket, das si ze disen ziten von grossen schaden und armut wegen, in die si von dirre nechsten verlüffnen grossen brunst komen sint, die selben juden fürbasser in unser stat meinen ze hanne, besunder darumb, wand si von denselben juden mit lichen vast früntlich gehalten worden [...]».<sup>24</sup> Die einzeln namentlich genannten Juden wurden zu eingesessenen Bürgern auf sechs Jahre aufgenommen für gesamthaft jährlich 60 Schildfranken zur Abgeltung sämtlicher Steuerforderungen und Bürgerpflichten. Hauptmotivation war hier die Kreditbeschaffung für die Einwohner in der durch den Brand von 1405 heimgesuchten Stadt. Um die Kreditbedürfnisse der Stadtverwaltung selbst ging es offenbar nicht. Diese wandte sich bei Geldbedarf schon damals vor allem an christliche Rentenkäufer in Basel und anderswo,<sup>25</sup> nur gelegentlich auch an Lombarden und noch seltener an Juden.<sup>26</sup> Gerade der erwähnte Stadtbrand – im April 1405 sollen 52, im Mai sogar 600 Häuser abgebrannt sein – wurde indessen von den Gegnern der Juden auf solche Judenbürgeraufnahmen zurückgeführt, so von Conrad Justinger, der in dem Unglück eine Strafe Gottes dafür sehen wollte, dass man diese Feinde Christi aufnehme und ihnen zu ihren sündigen Geschäften sogar besiegelte Schutzbriefe ausstelle.<sup>27</sup>

Besonders lehrreich erscheint die kürzlich von Thomas Bardelle und Jean-Daniel Morerod in ein neues Licht gestellte Aufnahme von Juden in Lausanne.<sup>28</sup> Hier wurden im Jahr 1404 unter dem Einfluss der wucherfeindlichen Predigten des Vinzent Ferrer die christlichen Bruderschaften, welche Darlehen gegen Verzinsung gewährten, abgeschafft.<sup>29</sup> 1408 und 1409 wurde dann durch die Aufnahme von Juden aus La Tour-de-Peilz die erste jüdische Gemeinde in Lausanne gegründet. Dabei ist die Stadt selbst aktiv geworden, nicht der Bischof oder der Graf von Savoyen, die jedoch beide bald Ansprüche an die Lausanner Juden zur Geltung zu bringen wussten. Zeitgleich wurde 1404 auch im piemontesischen Savigliano eine christliche Pfandleihbank auf Anweisung des Fürsten von Accaia geschlossen, worauf Juden in die Stadt aufgenommen wurden, welche vor 1409 eine Gemeinde bildeten.<sup>30</sup> Ganz ähnlich wie in Italien wurde auch in Lausanne der christliche durch den jüdischen Darlehenskredit substituiert. Die Parallele beruht nicht auf gegenseitiger Beeinflussung, sondern

auf dem damals intensivierte Kampf des avignonesischen Papsttums gegen den Zinswucher. Es war dieser durch Vinzent Ferrer im Februar bis April 1404 nach Lausanne getragene klerikale Kampf gegen den Wucher, welcher die Aufnahme der Juden als Ersatz für christliche Darlehenskreditoren herbeiführte.<sup>31</sup> Die jüdische Gemeinde von Lausanne hat dann rasch an Bedeutung verloren. Bei der kommunalen Steuererhebung von 1434/35 zählte man nur noch vier jüdische Haushalte. Vielleicht war es die Steuerforderung des Kaisers Sigmund, welche die Juden in Lausanne zum Abzug bewog. Am 12. April 1435 sind letztmals Juden in Lausanne genannt.<sup>32</sup>

Nach einer Ausweisung der Juden im Jahr 1423 nahm die Stadt Zürich schon im folgenden Jahr wieder zwei Judenfamilien auf.<sup>33</sup> Der Grosse hatte den Kleinen Rat am 15. Mai 1424 beauftragt, abzuklären, was die Juden, welche sich in Zürich niederlassen wollten, dafür geben würden.<sup>34</sup> Gegen Bezahlung von 2000 Gulden und ein Darlehen von 250 Gulden erhielten darauf am 24. Juni 1424 die Juden Salomon von Rheinfelden und sein Sohn Löw, sowie Löw von Konstanz mit seinem Schwiegervater Salomon in Zürich die Aufenthaltsbewilligung für zwölf Jahre. Die Stadt verpflichtete sich, beim König um eine Steuerbefreiung der Juden bis auf den Goldenen Pfennig nachzusuchen. Tatsächlich erhielt sie eine Urkunde Sigmunds vom 2. März 1425 mit der Erlaubnis, zehn, zwölf oder mehr jüdische Haushalte auf Widerruf für zwölf Jahre aufzunehmen.<sup>35</sup> Als Höchstzinssatz wurde für 1 Pfund pro Woche 1 Pfennig Zins vorgeschrieben, was eine Halbierung des früher Erlaubten bedeutete.<sup>36</sup> Die Motivation war hier klar fiskalisch. Ausserdem war es gelungen, mit einer Senkung des erlaubten Höchstzinssatzes für die Einwohner attraktivere Kreditbedingungen auszuhandeln.

In einigen Fällen ist das fiskalische Interesse an der Aufnahme der Juden mit brutaler Offenheit ausgedrückt: In Diessenhofen wurde 1426 ein Jude ins Bürgerrecht aufgenommen, «wan wir laider in grossen schulden stand und wol bedörften, das wir Juden und ander lüt innemen, umb das wir die grossen stür, so wir jährlichen geben muossen, dester bas ertragen möchten und ussgerichten [...]».<sup>37</sup>

Nach einem Briefkonzept von 1451 wollte Winterthur beim österreichischen Herzog wegen der Aufnahme von Juden vorstellig werden: «Sodenn als wir jn den vergangen kryegen zuo armut sint komen, das wir not halbs juden zuo uns nemen muosten und solichs getan mit wissen und willen vnser gnedigen herren hertzog Albrechts darumb sint wir von vnserm herren von Costentz [das heisst vom Bischof] furgenommen vnd verbutt vns, dz wir den juden keinen wucher sollen geben [...]».<sup>38</sup> In einem Schaffhauser Schutzbrief von 1462 heisst es ganz offen,

die Stadt habe schon vor Jahren Juden ins Bürgerrecht aufgenommen, «in sonderheit daz wir mit grossen mercklichen schulden beladen und von naturlich begird genaigt gewesen sind, solichen schulden settlicher masse zu begegnen und unser wäsen zu uffen und zu fristen». Man wolle den abgelaufenen Burgrechtsvertrag mit den Juden erneuern, weil «diesselben juden in unserm gemeinen seckel in den vergangenen jaren nit ubel erschossen sind».<sup>39</sup>

Es ist kaum zu bezweifeln, dass dieses fiskalische Motiv bei der Aufnahme von Juden eine Rolle spielen konnte. Wieviel die Juden den Städten tatsächlich durch direkte Steuerzahlungen, Bussen und andere Abgaben eingebracht haben, ist allerdings erst in Umrissen erkennbar. Von Stadt zu Stadt dürften die Unterschiede erheblich gewesen sein. Vielleicht bezweckte die offene Begründung mit dem direkten fiskalischen Nutzen auch eine Rechtfertigung der Aufnahme gegenüber jenen, die sich dagegen sträubten.

Die Neuaufnahme nach den Pogromen der Mitte des 14. Jahrhunderts brachte für die Juden eine weniger günstige Stellung. Dies zeigt sich vielfach schon in ihren weniger zentralen Wohnlagen.<sup>40</sup> Vor allem zeigt es sich jedoch in der verschlechterten rechtlichen Stellung. Das zuvor in vielen Städten dem christlichen Bürgerrecht nahe kommende jüdische Bürgerrecht wurde jetzt zu einem deutlich minderen Judenbürgerrecht herabgestuft.<sup>41</sup> Es war in der Regel auf einige Jahre befristet, beinhaltete gegenüber dem christlichen Bürgerrecht oft Einschränkungen des Grunderwerbsrechts, pauschalierte Besteuerung durch die Städte zusätzlich zu den Abgaben an den König beziehungsweise an andere Judenschutzherrn, einen jüdischen Mindereid des Gehorsams gegenüber dem Rat anstelle des bürgerlichen Zusammenschwörens; es fehlte Wahl- und Amtsfähigkeit, also politische Partizipation, ebenso Wacht- und Wehrpflicht. Alle diese Beschränkungen begegneten da und dort schon vor der Katastrophe von 1348–1350, sie werden jedoch bei der Wiederansiedlung jetzt zur Regel.<sup>42</sup> Nach der Pogromwelle hat man die Juden in den deutschen Städten nicht mehr als Bürger, sondern nur noch als «zeitweilig geduldete Einwohner» angesehen.<sup>43</sup> Zu den Vertreibungen aus dem Gebiet der Schweiz siehe Tab. 3, S. 102 f.

Aus einzelnen Orten sind die Juden im 15. Jahrhundert auch verschwunden, ohne dass eine Vertreibung belegt werden könnte.<sup>44</sup>

Schon vor der Katastrophe der Pestverfolgungen war die Ansiedlung und Integration der Juden prekär gewesen. Als 1305 in Biel eine jüdische «Grossfamilie» zu insgesamt sehr günstigen Bedingungen ins Bürgerrecht aufgenommen wurde, war dies zeitlich zwar nicht beschränkt,<sup>45</sup> aber es wurde das Recht des Bischofs

Tab. 3: *Vertreibung und Verfolgungen seit 1348*

Jahr	Ereignis, Ort	Beschuldigung
1348	Verfolgung in Bern <sup>*1</sup>	Brunnenvergiftung
1348	Verfolgung in Solothurn <sup>*2</sup>	Brunnenvergiftung
1348	Verfolgung in Zofingen <sup>*3</sup>	Brunnenvergiftung
1348/49	Verfolgung in Rapperswil <sup>*4</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Basel <sup>*5</sup>	Brunnenvergiftung
1349	6./17. Februar Vertreibung aus Burgdorf <sup>*6</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung der Juden in Baden <sup>*7</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Diessenhofen <sup>*8</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Freiburg i. Ü. <sup>*9</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Luzern <sup>*10</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Ermordung der Juden von Rheinfelden in Baden <sup>*11</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Schaffhausen <sup>*12</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Winterthur <sup>*13</sup>	Brunnenvergiftung
1349	Verfolgung in Zürich <sup>*14</sup>	Brunnenvergiftung
1349/50	Verfolgung in St. Gallen <sup>*15</sup>	Brunnenvergiftung
1376	Lombardenschuldentilgung (bzw. Ausweisung) in Zürich <sup>*16</sup>	
1397	Flucht aus Basel <sup>*17</sup>	Brunnenvergiftung
1401	Verfolgung in Schaffhausen <sup>*18</sup>	Ritualmord
1401	Verfolgung in Winterthur <sup>*19</sup>	Ritualmord
1404/05	Vertreibung aus Bern, <sup>*20</sup> Streit mit der Stadt Predigt des Vinzenz Ferrer?	
1423	Nichterneuerung der Schutzbriefe, Zürich <sup>*21</sup> Substitution durch Lombarden angestrebt	
1427	10. Mai, Vertreibung aus Bern (zugleich mit Lombarden) <sup>*22</sup>	Wucher
1428	Beschluss, keine Juden mehr aufzunehmen in Freiburg <sup>*23</sup>	Verbrechen eines Juden
1435	Verschwinden der jüdischen Gemeinde von Lausanne, <sup>*24</sup> Aufgabe wegen Steuerdruck?	
1436	Vertreibung aus Zürich <sup>*25</sup>	Wucher
1463	Vertreibung aus Freiburg <sup>*26</sup>	
1470er Jahre	Nichterneuerung der Schutzbriefe beschlossen, Winterthur <sup>*27</sup>	
1472	Nichterneuerung der Schutzbriefe beschlossen, Schaffhausen <sup>*28</sup>	

Jahr	Ereignis, Ort	Beschuldigung
1475	Ausweisung vollzogen, Schaffhausen <sup>*29</sup>	
1489	Ausweisung beschlossen für 1491 aus der ganzen Eidgenossenschaft durch Tagsatzung von Baden auf Betreiben zunächst des Abtes von Rheinau, dann der Stadt Rheinau und der Stadt Diessenhofen <sup>*30</sup>	
1491	Ausweisung aus Genf <sup>*31</sup>	Predigt.
1495	Ausweisung aus Andelfingen <sup>*32</sup>	

Quellen: \*1 *Germania Judaica II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts*, 2 Bände, Tübingen 1968, S. 75. \*2 Ebd., S. 771. \*3 Ebd., S. 943. \*4 Ebd., S. 674. \*5 Ebd., S. 53 f. \*6 Durch Eberhard von Kiburg; Gustav Tobler, «Zur Geschichte der Juden im alten Bern bis 1427», in: *Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern* 12 (1889), S. 336–367, hier 359; *Germania Judaica II* (wie Anm. \*1), S. 146. \*7 *Germania Judaica II* (wie Anm. \*1), S. 47. \*8 Ebd., S. 163 f. \*9 Beat Meier, «Zur Geschichte der Juden im Mittelalter. Aspekte der spätmittelalterlichen Judensiedlungen im Gebiet der heutigen Schweiz», in: *Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz* 40 (1984), S. 12; siehe auch *Germania Judaica II* (wie Anm. \*1), S. 258. \*10 *Germania Judaica II* (wie Anm. \*1), S. 503. \*11 Ebd., S. 699. \*12 Ebd., S. 741; Hans Wilhelm Harder, «Ansiedlung, Leben und Schicksale der Juden in Schaffhausen, 1299–1699», in: *Beiträge zur Schaffhauser Geschichte* 1 (1863), S. 33–70, hier 37. \*13 *Germania Judaica II* (wie Anm. \*1), S. 910. \*14 Ebd., S. 946. \*15 Ebd., S. 734. \*16 Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte, bearb. von Werner Schnyder, Bd. 1, Zürich 1937, Nr. 313. \*17 *Germania Judaica, III: 1350–1519*, Tübingen 1987 und 1995, S. 85 f. Aus Basel sind die Juden geflohen, wahrscheinlich aus Furcht vor einem Pogrom angesichts neuer Verdächtigungen im Zusammenhang mit einer Brunnenvergiftungsklage zu Rappoltsweiler. *Urkundenbuch der Stadt Basel*, Bd. 5, Basel 1900, S. 273 f., Nr. 252, Prag, 9. 5. 1399: Einsetzung des Johann von Kirchheim in den Besitz aller Güter der entwichenen Juden zu Basel durch das königliche Hofgericht: «[...] die juden die nu letste von Basel entwichen sint [...]» Ebd., S. 335 f., Nr. 320. Heidelberg, 15. 2. 1404: König Ruprecht widerruft die Gabe des Judenbesitzes. «[...] die juden, die dez males in der egenanten stat zu Basel gesessen und von dannen entwichen waren [...]» \*18 Harder (wie Anm.\*12), S. 50. \*19 *Germania Judaica III* (wie Anm. \*17), S. 1659. \*20 Tobler (wie Anm. \*6), S. 360. Im Jahr 1404 predigte Vinzenz Ferrer in Bern. \*21 *Germania Judaica III* (wie Anm. \*17), S. 1735. \*22 Tobler (wie Anm. \*6), S. 361. \*23 Ebd., S. 400. \*24 Thomas Bardelle, Jean-Daniel Morerod, «La lutte contre l'usure au début du XVe siècle et l'installation d'une communauté juive à Lausanne», in: *Etudes de Lettres* 4 (1992), S. 3–20, hier 11. \*25 *Germania Judaica III* (wie Anm. \*17), S. 1736. \*26 Ebd., S. 401. \*27 Ebd., S. 1660. \*28 Ebd., S. 1311. \*29 Harder (wie Anm. \*12), S. 58. \*30 Tagsatzungsbeschluss, *Germania Judaica III* (wie Anm. \*17), S. 231, 1238. \*31 Hans-Jörg Gilomen, «Spätmittelalterliche Siedlungssegregation und Ghettoisierung, insbesondere im Gebiet der heutigen Schweiz», in: *Stadt- und Landmauern*, Bd. 3: *Abgrenzungen – Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt* (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich 15, 3), Zürich 1999, S. 85–106, hier 99. \*32 *Germania Judaica III* (wie Anm. \*17), S. 18.

von Basel als Stadtherr von Biel festgehalten, die Juden jederzeit auch ohne weitere Begründung vertreiben zu können.<sup>46</sup>

Die Unsicherheit hat sich nach den Pogromen der Pestzeit noch verschärft. Die Wiederaufnahme von Juden war, wie gezeigt, erst im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts wieder richtig in Gang gekommen. Doch bereits in den 90er Jahren verliessen die Juden Basel wieder.

Dass Basel früh auf den jüdischen Kredit habe verzichten können und wollen, weil es wirtschaftlich bereits so fortgeschritten war, erscheint wenig plausibel. Diese wirtschaftliche Reife scheint dem städtischen Rat jedenfalls nicht derart evident gewesen zu sein, dass er in dieser Frage eine entschlossene Politik verfolgt hätte. Noch 1386 nahm er Slemme, die Witwe des Moyses von Colmar, sowie ihren Oheim Joseph von Richenwilr auf fünf Jahre als Bürger auf und gestattete ihnen die Pfandleihe.<sup>47</sup> Noch 1394 erlaubte er den Juden, in Basel einen neuen Friedhof anzulegen.<sup>48</sup> Vor dem 23. Juni 1397 wurden die Basler Juden dann in eine Brunnenvergiftungsklage zu Rappoltswiler (Ribeauvillé, Elsass) verwickelt. Bruno von Rappoltstein hatte hier mehrere Juden deswegen foltern und hinrichten lassen. Die Sache zog weite Kreise, denn auch Juden aus Breisach, Colmar und Turckheim wurden angeklagt.<sup>49</sup> Die sich wohl gleichfalls bedroht fühlenden Basler Juden flohen vor dem 29. August aus der Stadt und begaben sich in den Schutz Herzog Leopolds IV. von Österreich (1386–1411).<sup>50</sup> Nach der Flucht der Juden verbot der Rat dem jüdischen Stadtarzt dann die Geldleihe, stellte ihm aber andererseits dieses Recht in Aussicht, falls er es anderen Juden künftig gewähren sollte.<sup>51</sup> Man dachte damals also an die Wiederaufnahme von Juden. Von einem überzeugten Verzicht auf diese Kreditquelle kann also keine Rede sein. Es gibt beim endgültigen Abzug der Juden aus Basel keinen Zusammenhang mit deren Geldverleih.

In Bern riet Vinzenz Ferrer den geldbedürftigen Leuten anlässlich seiner Predigten 1404, sich an die ohnehin verdammten Juden zu wenden und nicht den Christen dadurch zum Anlass ewiger Verdammung zu werden, dass sie von ihnen ein verzinsliches Darlehen entgegennehmen.<sup>52</sup> Dennoch waren gerade jetzt die ansässigen Juden weggezogen, und die Stadt hatte beschlossen, keine mehr aufzunehmen. Bei der schon 1408 erfolgten Neuaufnahme zahlte unter anderem der Sohn eines Juden, der seinerzeit mit der Stadt im Streit gelegen hatte, zur Abgeltung von deren Ansprüchen eine Summe an den Stadtbau.<sup>53</sup> Vielleicht sind die Juden 1404/05 vor den Forderungen aus der Stadt gewichen, welche dann deren Niederlassung endgültig unterbinden wollte. Die 1408 neu zugelassenen Juden blieben hier nicht einmal 20 Jahre. Eine erneute und endgültige Vertreibung erfolgte

im Jahr 1427. Dass die damals heftige Polemik gegen den Wucher die Motivierung lieferte, ist evident. Der Chronist Conrad Justinger hat ihr Ausdruck verliehen, wenn er sagt, dass die Juden «in diser welt anders nüt tund denne wie si der Kristanheit geschedigen mit allen sachen, offentlich mit dem wucher; won mancher des wuchers verdorben ist und alle tag verdirbet; heimlich mit valschen ufsatzen, daz dik kuntlich worden ist; [...] also ist die stat Bern je dahar mit juden beschissen gewesen [...]». Weise Leute seien der Meinung, alles Unglück Berns sei Strafe Gottes dafür, dass man den Juden Aufenthalt und Schutz gewähre, den Feinden Gottes, welche über Gott, Christus und dessen Mutter Maria fluchten und schmähtlich über sie redeten. Am Jüngsten Gericht würden diejenigen, die daran schuld seien, Vergeltung finden; da helfe ihnen dann keine Bestechung und keine Macht.<sup>54</sup> Es tönt wie eine direkte Übernahme dieses Diskurses, wenn im Ausweisungsbeschluss von Schultheiss und Rat vom 10. Mai 1427 zu lesen ist, sie hätten überlegt, wie in allen Dingen Ehre und Lob Gottes und seiner Mutter zu mehren sei. Zu ihrem und aller Heiligen Lob hätten sie beschlossen, künftig nie mehr wuchernde Juden oder Lombarden in Bern und seinen Städten und Ländern aufzunehmen. Man habe gemerkt, dass die Juden den christlichen Glauben schmähten. Dann führt der Beschluss aber auch eine ökonomische Überlegung ein: Beide, Lombarden und Juden, fügten dem Land durch ihren Wucher grossen Schaden zu, indem sie «von der statt und land unmessig barschaft hant gefüret, darumb ouch si wol ze vermidene sint».<sup>55</sup>

Dieses letzte Argument ist nicht leicht zu nehmen. Die vormerkantilistische Auffassung, dass durch die Ausfuhr von Edelmetall, hier vor allem durch die Ausfuhr guter Silbermünzen, auch die Währung beeinträchtigt werde, dass eine dauernde Zahlungsmittelknappheit durch die Ausfuhr von Bargeld weiter verschärft werde, war im Spätmittelalter weit verbreitet. Sie wurde ganz allgemein von den Verantwortlichen geteilt, wie viele Quellenstellen zeigen. Diese ökonomisch negative Einschätzung, den Abfluss von Bargeld ohne eigentlichen Gegenwert zu verursachen, traf jüdischen wie lombardischen Kredit in gleicher Weise. Bei Zahlungen an einheimische Wucherer hingegen bliebe das Geld wenigstens im Land. Angesichts der kirchlichen Lehre von der Unfruchtbarkeit des Geldes erschien die negative Wertung nur allzu plausibel. Es gibt meines Wissens keine einzige zeitgenössische Stimme, welche dem Zinsdarlehen einen positiven ökonomischen Sinn darüber hinaus abgewinnen konnte, dass es dem Bedürftigen über eine Not-situation hinweghalf. Dass den Kern der Motivation in Bern die Ablehnung des Wuchers bildete, erweist sich aus der gleichzeitigen Vertreibung der jüdischen wie

der christlichen italienischen Wucherer. Diese Gleichbehandlung aller fremden Wucherer ohne Rücksicht auf die Religion begegnet auch anderswo.<sup>56</sup>

In Zürich hielt man diese Kreditform keineswegs für entbehrlich, als der Rat 1423 beschloss, in Stadt und Gebiet keine sesshaften Juden mehr zu dulden.<sup>57</sup> Vielmehr suchte man 1423 Lombarden an ihrer Stelle als Geldverleiher zu gewinnen,<sup>58</sup> doch wurden am 24. Juni 1424 wieder Juden auf zwölf Jahre zugelassen.<sup>59</sup> Nach Ablauf dieser Frist erfolgte dann 1436 jene Vertreibung, die sich als endgültig erweisen sollte. Der Grosse Rat beschloss am 1. Juni 1435, bei Ablauf des Bürgerrechts die Juden ziehen zu lassen und keine Juden mehr aufzunehmen, «die von jeman dehein wuocher nemind oder enphahint».<sup>60</sup> Zugleich wurde beschlossen, dass Juden und Jüdinnen, welche kein Geld auf Wucher verliehen, sich weiterhin in der Stadt niederlassen könnten.<sup>61</sup> Die Vertreibung richtete sich hier also ganz explizit nur gegen Wucherer. Doch schon am 15. Februar 1436 beschloss derselbe Grosse Rat dann, man wolle zu Ehren Gottes und der Jungfrau Maria auf ewig keine Juden und Jüdinnen mehr haussässig in Zürich und seinem Gebiet aufnehmen.<sup>62</sup> Dabei ist es geblieben, wenn auch noch später gelegentlich vereinzelt Juden das Zürcher Bürgerrecht zugesprochen wurde.<sup>63</sup> Wesentlich ist aber auch die Beobachtung, dass die Ausweisung erfolgte, als die jüdische Präsenz bereits stark zurückgegangen war. Aus den Steuerlisten wissen wir, dass im Jahr 1383 in Zürich mehr als 17 erwerbsfähige jüdische Erwachsene wohnten; dass um 1390 hier 19 Steuerzahler belegt sind, was mit einem tief angesetzten Faktor von 5 berechnet eine jüdische Bevölkerung von knapp 100 Personen ergäbe oder 2% der Zürcher Gesamtbevölkerung.<sup>64</sup> Nach 1400 ist die Zahl der Zürcher Juden offenbar zurückgegangen. 1402–1419 sind noch 7–11 steuernde Familien belegt, 1424–1436 noch 2 oder 3 Grossfamilien.<sup>65</sup> Zwar ist in Zürich eine Ausweisung erfolgt, aber ähnlich wie gleichzeitig in Lausanne ist die jüdische Gemeinde schon zuvor fast selbst erloschen.

In die Stadtsatzungen von Stein am Rhein wurde 1466 die Bestimmung aufgenommen, es sollten keine Juden mehr aufgenommen werden. Dennoch begegnen sie weiter als Steuerzahler. Die von ihnen geleistete Urfehde vom 28. 4. 1489 löst diesen Widerspruch auf: Den Juden war nach Ablauf der mit ihnen vereinbarten Frist der Schutz gekündigt worden. Sie blieben aber dank dem Einfluss des Zürcher Bürgermeisters Hans Waldmann anderthalb Jahre gegen den Willen des Steiner Rates dort sesshaft. Erst nach dem Sturz Waldmanns verliessen sie die Stadt.<sup>66</sup> Zu den vielen, welche Waldmanns Einfluss durch Bestechung erkaufte hatten, dürften auch die Steiner Juden gehört haben. Nach der Vertreibung

verbot der Rat unter Androhung des Verlusts des Bürgerrechts, bei Juden Geld zu leihen.

Über Jahrzehnte hat sich der klerikale Kampf gegen die Anwesenheit von Juden in Genf hingezogen.<sup>67</sup> Sie wohnten vermischt mit den Christen im Quartier der Pfarrei St-Germain, deren Kirchenrektor Pierre de Magnier sich 1408 mit einer Supplik an Amadeus VIII. von Savoyen wandte: Das Zusammenwohnen könne Christen zum jüdischen Irrglauben verführen, intime Beziehungen zwischen Juden und Christinnen, Christen und Jüdinnen begünstigen und zu irreparablen Skandalen führen. Amadeus beauftragte darauf seine Amtleute in Genf, die räumliche Trennung der Juden von den Christen und die Kennzeichnung an der Kleidung der Juden unverzüglich durchzusetzen.<sup>68</sup> Dies scheint jedoch nicht geschehen zu sein. 1422 wurde eine Supplik des Genfer Bischofs Jean de Rochetaillée an den Papst genehmigt, worin dieser sich beklagte, gegen seinen Willen duldeten die Bürger und Bewohner, dass Juden mit Christen zusammenwohnten und dass sie offenen Wucher betrieben, weshalb er um Untersuchung und Intervention bat.<sup>69</sup> 1430 bestätigte Papst Martin V. das Recht des Bischofs von Genf, die Juden aus seinem Teil der Stadt zu vertreiben, woran ihn der Herzog von Savoyen nicht hindern könne.<sup>70</sup> Die Umsiedlung der Juden in ein Ghetto an der Stadtmauer scheint nun zum Abschluss gekommen zu sein. Noch am 16. Dezember 1428 hatte der Genfer Rat dem Notar Johannes Jacelli 4 1/2 Gulden für seine Mühe ausbezahlt, Juden, welche zuvor in der Stadt verstreut gewohnt hatten, im ihnen angewiesenen Ghetto («cancellum») zusammenzuführen.<sup>71</sup> Eine Ghettoisierung der Juden im gesamten Gebiet Savoyens sahen die 1420 redigierten und 1430 promulgierten «Decreta et Statuta Sabaudiae» vor.<sup>72</sup> Klerikale Judenfeindschaft zeigt sich in Genf auch später wiederholt. In der Osterzeit 1461 forderte ein Prediger dazu auf, die Juden zu verprügeln, wenn sie sich zeigten, worauf in der Nacht des 6. April ein christlicher Mob – «tam potentes quam pauperes» – die Juden im Ghetto angriff und ihre Häuser plünderte.<sup>73</sup> Als der Rat am 30. November 1490 beschloss, jenen Prostituierten, die im Bordellquartier keinen Platz fanden, das jüdische Ghetto als Wohngebiet zuzuteilen, geschah dies «juxta mentem predicatoris».<sup>74</sup> Auch die endgültige Ausweisung aller Juden aus Stadt und Land erfolgte «secundum doctrinam moderni predicatoris».<sup>75</sup> Mit Sicherheit hatte die Vertreibung aus Genf nicht ökonomische Ursachen, sondern hier wie an einigen anderen Orten wirkte sich die jahrzehntelange Propaganda der Geistlichkeit aus. Auch im Falle von Rheinau betrieb zuvorderst ein Geistlicher die Ausweisung der Juden. Seit 1487 bemühte sich der Abt des Benediktinerklosters Rheinau Johan-

nes Konrad von Griessen (1483–1498) bei der eidgenössischen Tagsatzung konsequent um deren Vertreibung.<sup>76</sup> Dennoch wurden ihre Privilegien 1487 erneuert, da der eidgenössische Landvogt im Thurgau ihr Wohlverhalten bestätigte. Als auch die Stadt Rheinau sich dann über die Juden beklagte, beschloss die Tagsatzung, die Privilegien nicht zu erneuern. Die Stadt setzte sich zwar 1493 erneut für den Verbleib der Juden ein, beklagte sich aber 1494 wegen Wucherzinsen bei Kaiser Maximilian. Die Tagsatzung bekräftigte die Ausweisung; um 1496 verliess der letzte Jude die Stadt.<sup>77</sup>

### *Schluss*

Es wäre gewiss falsch, jede Einwirkung realer ökonomischer Bedingungen als Ursache für die Vertreibungen der Juden rundweg zu verneinen. Aber es scheint wenig plausibel, für den jeweils *einzelnen* Entschluss zur Vertreibung *gesamt-ökonomische* Entwicklungen für ursächlich zu halten. Angesichts dessen, dass jede Stadt ihre Entscheidung autonom und im Rahmen einer auch sonst in der Regel egoistischen Wirtschaftspolitik getroffen hat, allenfalls sogar den Widerstand anderer Kräfte gegen eine Vertreibung zu überwinden hatte, müsste doch nicht die allgemeine, sondern die ganz spezifische ökonomische Situation jeweils massgeblich gewesen sein. Für die Aufnahme der Juden wird in den Quellen recht häufig mit einer ungünstigen wirtschaftlichen, im engeren Sinn auch fiskalischen Entwicklung argumentiert, wobei allerdings zu beachten ist, dass vielleicht in einzelnen Fällen diese Begründungen die Aufnahme gegenüber judenfeindlichen Gruppen in den Städten zu rechtfertigen suchten. Für die Vertreibungen jedoch kann – so schon Wenninger – die spezifische ökonomische Situation kaum für die Mehrzahl der Fälle als Begründung zutreffen.

Hingegen spielt wohl die Wahrnehmung und Beurteilung der jüdischen Kredite als ökonomisch schädlich eine bedeutendere Rolle. Hier verband sich die alte Wucherpolemik der Kirche und die These von der Unfruchtbarkeit des Geldes mit einer generell dem Kredit in allen Formen eher skeptisch, ja ablehnend gegenüberstehenden Mentalität. Auch die Kredite der Lombarden haben mehrfach feindselige Reaktionen gegen die italienischen Wucherer hervorgerufen. In einer Art Merkantilismus *avant la lettre* befürchtete man die Schwächung der eigenen Währung durch Edelmetallausfuhr und überhaupt die Schwächung der eigenen Wirtschaft durch den Abfluss der Mittel.

Besonders drastisch hat diesem Gedanken der Schädigung durch den jüdischen Kredit zur Zeit des Basler Konzils ein Basler Schreiber Ausdruck verliehen, der ins Kleine Weisse Buch der Stadt eine Berechnung über die Folgen des jüdischen Wuchers eintrug. Es heisst hier:

«Alle die wernt Christenlicheit und alle Cristenheit merckent hie wie die bösen helle hünde, die Juden, mit yrme wucher uns Cristenmenschen unser gut so gar böschlich abenement. Wer ein guldin under den bösen Juden nympt und git davon alle wuchen ij haller zu wücher und dz zem jare eins gerechnet, dz machet solichen wücher und heybt gelt als dz hernach geschriben stät:

Zü dem ersten, ein guldin houbtgeltz bringet zu dem jare xi Sch. v Haller.

Im andern jare ij guldin iiij Sch. viii Heller.

Im iij jare iij guldin i Sch.

Im iiij. jare iiij guldin xi Sch. vj Heller

[...].»

Diese Rechnung wird dann minutiös über alle Jahre fortgeführt bis zu:

«[...] Im xx. jare ijMiiijCxvi guldin xiiij Sch iij Heller.

Und ist ze wissen, dz die übrigen torniss und haller nit gerechnet sint wz under vier tornissen sint.

Item x guldin under den bösen Juden genommen, die uns Cristenmentschen nacht und tage under steen tzu verderben und die under zehen jaren gestanden und von yedem zü der wüchen ij Heller ze wücher geben und dz alle jar zu samen gerechent bringet zü hauptguot die x jar xixMixClxi guldin xviiij Sch iij Haller.

Item x guldin under den bösen Juden genommen und die under xx jaren gestanden und von yedem zü der wüchn ij Heller ze wücher und dz alle jare eins zu sammen gerechent bringet zü hauptguot die xx jar xlixMixCxxiiij gulden ij Sch vj Heller.

Darumb darff nieman fragen, wo der Cristenmentschen gelt oder ir barschaft hin komme, wann die bösen unseligen hellehunde versenden dz usser der lande mit iren ufsetzigen listen.»<sup>78</sup>

Dass man die Juden aber loswerden wollte, auch wenn man den Faustpfand- und Kleinkredit nicht für entbehrlich hielt, zeigen jene Fälle, wo man jüdische durch christliche Geldverleiher zu ersetzen suchte. Aber es kam auch das Umgekehrte vor. Viele Belege deuten auf die Rolle der Geistlichkeit bei den Vertreibungen hin; alle Belege zeigen eine letztlich «moraltheologische» Argumentation. Die sich in den Quellen abzeichnende Parallelität von Kampagnen insbesondere der Geistlichkeit und einzelnen oder auch wellenartigen Vertreibungen müsste doch zu denken geben.

Es ist deshalb hier noch kurz der meines Erachtens – angesichts rein materieller Begründungen in der neueren Literatur – in seiner Wirkung unterschätzte kirchliche Diskurs über den jüdischen Geldhandel im Zusammenhang mit unserer Fragestellung zu skizzieren.

Die Aufnahme von Juden in Lausanne, um dadurch wenigstens die Christen vom Wuchern abzuhalten, rückt die Judenpolitik des Papsttums und die Propagation durch die Predigt ins Zentrum. Insbesondere Papst Benedikt XIII. hat von 1403 bis 1417 den Kampf sowohl gegen christlichen wie vor allem jüdischen Wucher verschärft. Er erliess eine Reihe von Zinsmoratorien zugunsten von Darlehensschuldnern<sup>79</sup> und beauftragte Exekutoren damit, gegen Wucherer vorzugehen.<sup>80</sup> Diese Aktion stand in engstem Zusammenhang mit dem konsequenten Bemühen des Papstes, die Juden – insbesondere in seinem unmittelbaren Einflussgebiet Aragon – mit allen Mitteln zur Konversion zu drängen und den Konvertiten Vorteile zu verschaffen.<sup>81</sup> Schon Max Simonsohn hat in seiner zu unrecht vergessenen Dissertation von 1912 über «Die kirchliche Judengesetzgebung im Zeitalter der Reformkonzilien von Konstanz und Basel» auf die Bedeutung der Bulle «Etsi doctoris gentium» vom 11. Mai 1415 hingewiesen und treffend formuliert: «Benedikt verfolgte mit seiner Bulle den Zweck, durch die religiöse, bürgerliche, soziale und wirtschaftliche Vernichtung der Juden ihren Übertritt zu erzwingen.»<sup>82</sup> In dem umfangreichen Dokument wird auch die Frage des Wuchers eingehend behandelt. Da die Juden in ihrer Geldgier täglich neue Schliche im schändlichen Wuchergeschäft ausheckten, sei es nötig, auch neue Gegenmittel anzuwenden. Der Papst untersage es deshalb, dass künftig ein Jude einen Christen vertraglich zu irgendeiner Leistung verpflichten könne. Alle diese Verträge seien wucherverdächtig, weshalb kein Christ an sie gebunden sei und zu ihrer Erfüllung auch nicht gezwungen werden dürfe. Unter Androhung der Exkommunikation dürfe kein Richter oder Notar zu solchen Verträgen Hand bieten.<sup>83</sup> Das hier erlassene Verbot des jüdischen Wuchers übertraf alles Bisherige. Man könnte es deshalb als eine einmalige Entgleisung des am Konstanzer Konzil als Papst abgesetzten aragonesischen Eiferers Pedro de Luna – Benedikt XIII. abtun. Aber die Wucherfrage blieb in der kirchlichen Reformdiskussion aktuell. Kardinal Pierre d’Ailly verlangte unter Wiederaufnahme einer sehr alten Forderung<sup>84</sup> am Konstanzer Konzil, die Juden sollten gezwungen werden, von ihrer Hände Arbeit zu leben, anstatt die Christen durch Wucher zu schädigen.<sup>85</sup> Zwar hat Papst Martin V. die judenfeindliche Bulle Benedikts XIII. am 20. September 1421 für ungültig erklärt<sup>86</sup> und den Juden mit seiner Fassung der «Sicut Judeis»-Bulle vom 20. Fe-

bruar 1422 weitgehenden Schutz angedeihen lassen. Hier hat er auch darauf hingewiesen, dass Mendikanten und andere Ordensangehörige durch Predigten die Christen gegen die Juden aufhetzten.<sup>87</sup> Bereits im folgenden Jahr hat sich der Papst seinerseits dann aber ganz auf die Seite der Judenfeinde geschlagen, zunächst durch Aufhebung seiner judenfreundlichen Bulle vom Vorjahr, mit dem Hinweis, dass er dieses Verbot der judenfeindlichen Predigt der Mendikanten aufgrund von Täuschung und Unverschämtheit erlassen habe.<sup>88</sup> Auch er nahm nun den eifrigen Kampf gegen den jüdischen Wucher und zur Konversion der Juden auf.<sup>89</sup> Selbst Vertreibungen von Juden hat er nun gebilligt, so 1427 diejenige von Iglau durch Herzog Albert V. von Österreich, der den Juden Komplizität mit den Hussiten vorwarf.<sup>90</sup> Wie wir sahen, anerkannte er 1430 auch das Recht des Bischofs von Genf auf Vertreibung der Juden.<sup>91</sup>

Auch das Konzil von Basel nahm diese judenfeindliche Politik Benedikts XIII. wieder auf. Damit wurde deutlich, dass es sich nicht um eine einmalige Entgleisung handelte, die aus den besonderen Bedingungen Aragons zu erklären wäre. Schon am Konzil von Siena hatten nicht spanische, sondern französische Teilnehmer die Frage der Revision jener Privilegien für die Juden als Traktandum für Basel eingebracht, welche diesen «in praeiudicium fidei et statutorum ecclesiae» oder noch schärfer «Judaicae perfidiae in obprobrium, vilipendium et damnum fidei christianae et Christicolarum praeiudicium» verliehen worden seien.<sup>92</sup> Das vom Basler Konzil am 7. September 1434 verkündete Dekret nahm dann, etwas abgemildert, die judenfeindliche Position der Bulle Benedikts XIII. ein, wobei auch hier hauptsächlich auf die Konversion der Juden abgezielt wurde. Die Wucherfrage stand hier ganz am Rand. Stimmen im Umfeld des Konzils – ich erinnere nur an den oben zitierten Basler Schreiber – zeigen aber doch, dass die Wucherfrage für die aggressive Stimmung Bedeutung gehabt haben mag.<sup>93</sup> Das Konzil hielt sich eng an Benedikts Bulle, «deren Schärfe und aggressiv-missionarischer Tenor alle bisherigen Verlautbarungen der Päpste überstiegen hatte. Das gibt zu denken und mag das mancherorts gezeichnete Bild des «toleranten» Konzils relativieren.» So urteilte Johannes Helmrath 1987 in seinem Referat des Forschungsstandes zum Konzil.<sup>94</sup> Papst Eugen IV., der zunächst einige Bullen zum Schutz der Juden hatte ausgehen lassen und sich am 20. Februar 1435 gegen judenfeindliche Angriffe der Predigermönche wandte,<sup>95</sup> hat am 8. August 1442 dann «eine der grausamsten Bullen erlassen, welche die Geschichte kennt».<sup>96</sup> Sie betraf die Juden von Kastilien und Leon und zielte wohl darauf ab, angesichts des Lavierens des aragonesischen Königs zwischen Eugen IV. und dem Konzilspapst Felix V. Kastilien der römi-

schen Oboedienz zu erhalten. Die Bestimmungen sind noch schärfer als jene der Bulle Benedikts XIII. Das jüdische Zinsdarlehen wird völlig verboten und die Rückerstattung bereits bezahlter Zinsen angeordnet.<sup>97</sup> Die judenfreundliche Bulle Martins V., die dieser selbst ja schon kassiert hatte, hat Eugen IV. am 19. Juni 1443 nochmals revoziert.<sup>98</sup> Ich breche hier ab mit dem Fazit: Der moralisch-ideologische Diskurs, der durch die Predigt insbesondere der Mendikanten und Dominikaner ins Volk getragen wurde, kann nicht als bloße Nebelwand vor handfesten ökonomischen Interessen gedeutet werden, wie es eine allzu plumpe materialistische Sicht will. Die Menschen verhalten sich eben bei weitem nicht immer ökonomisch zweckrational – auch heute nicht. Auch wenn es eine reale Welt ausserhalb der menschlichen Wahrnehmung gibt, so wird das menschliche Handeln doch ganz von der Wahrnehmung gelenkt, die ihrerseits durch Diskurse konditioniert ist. Vielleicht trifft es deshalb eher zu, dass man keine Juden mehr wollte, obwohl man für sie durchaus Bedarf gehabt hätte.

#### Anmerkungen

- 1 Markus J. Wenninger, *Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert* (Archiv für Kulturgeschichte, Beiheft 14), Wien 1981, S. 262. Der Satz findet sich in dem Buch von Eduard Fuchs, *Die Juden in der Karikatur. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte*, München 1921, S. 201. Er wird dort ohne weiteren Nachweis als Sprichwort des 16. Jahrhunderts bezeichnet.
- 2 Diese These war keineswegs neu. Gustav Tobler hatte schon 1889 formuliert: «[...] wegen des Geldes hat man die Juden geduldet, wegen des Geldes sie gehasst, gepeinigt, und die Religion musste zu all den Gräueltaten als Vorwand dienen.» Gustav Tobler, «Zur Geschichte der Juden im alten Bern bis 1427», in: *Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern* 12 (1889), S. 336–367, hier 354.
- 3 Wenninger (wie Anm. 1), S. 251.
- 4 Wenninger (wie Anm. 1), S. 250. Bezüglich England und Frankreich beruft er sich dabei auf Raphael Straus, «The Jews in the Economic Evolution of Central Europe», in: *Jewish Social Studies* 3 (1941), S. 15–40, hier 33. Die Vertreibung aus Frankreich 1306 war nicht definitiv, 1394 erfolgte eine weitere. Vgl. unten, Anm. 14.
- 5 Wenninger (wie Anm. 1), S. 247 f.
- 6 Siehe dazu Hans-Jörg Gilomen, «Der Traktat «De emptione et venditione unius pro viginti» des Magisters Felix Hemmerlin», in: Johannes Helmrath, Heribert Müller (Hg.), *Studien zum 15. Jahrhundert*. Festschrift Erich Meuthen, München 1994, S. 583–605, hier 590; Ders., «Wucher», in: *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 9, München 1998, Sp. 341–345.
- 7 Siehe Hans-Jörg Gilomen, «L'endettement paysan et la question du crédit dans les pays d'Empire au Moyen Age», in: *Endettement Paysan et Crédit Rural dans l'Europe médiévale et moderne* (Actes des XVII<sup>es</sup> Journées Internationales d'Histoire de l'Abbaye de Flaran, septembre 1995), Toulouse 1998, S. 99–137, hier 107.

- 8 Siehe dazu Hans-Jörg Gilomen, «Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im Spätmittelalter», in: Boris Schneider, Francis Python (Hg.), *Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven – 1991*, Basel 1992, S. 41–66, bes. S. 51–54.
- 9 Armando Saporì, «L'interesse del denaro a Firenze nel trecento», in: *Archivio storico italiano* 86 (1928), S. 161–186, hier 177. Erstmals hatte Florenz den Juden das Wucherdarlehen 1393 gestattet, siehe Marvin Becker, «Gualtieri di Brienne e la regolamentazione dell'usura a Firenze», in: *Archivio Storico Italiano* 114 (1956), S. 734–740, hier 735.
- 10 Jacques Heers, *Gênes au XV<sup>e</sup> siècle, activités économiques et problèmes sociaux*, Paris 1961, S. 256 f., konstatiert in Genua um 1467 eine Art «Gewissenskrise», die zu rigoroser Ablehnung des Zinsdarlehens geführt habe. Vgl. auch unten das Beispiel der Stadt Lausanne.
- 11 Michele Luzzati, «Banchi e insediamenti ebraici nell'Italia centro-settentrionale fra tardo Medioevo e inizi dell'Età moderna», in: Corrado Vivanti (Hg.), *Gli ebrei in Italia, 1: Dall'alto Medioevo all'età dei ghetti* (Storia d'Italia, Annali 11), Turin 1996, S. 175–235.
- 12 Lodovico Zdekauer, «L'interno d'un banco di pegno nel 1410», in: *Archivio storico italiano*, serie 17, 5 (1896), S. 63–105.
- 13 Hans von Voltolini, «Die ältesten Pfandleihbanken und Lombardprivilegien Tirols», in: *Beiträge zur Rechtsgeschichte Tirols*, Innsbruck 1904, S. 1–69, bes. S. 42–44.
- 14 Robin R. Mundill, *England's Jewish Solution. Experiment and Expulsion, 1262–1290*, Cambridge 1998; William Chester Jordan, *The French Monarchy and the Jews: from Philip Augustus to the Last Capetians*, Philadelphia 1989.
- 15 Michael Prestwich, «Italian Merchants in Late Thirteenth and Early Fourteenth Century England», in: *The Dawn of Modern Banking*, New Haven 1979, S. 77–104; Christopher Vornefeld, «Einheimische und lombardische Wucherer im Frankreich von Charles VI. Eine neue Quelle zur Sozialgeschichte des Wuchers», in: *Journal of Medieval History* 15 (1989), S. 209–287.
- 16 Leihezwang zu besonders günstigen Bedingungen u. a.
- 17 Wenn in Bern 1408 unterschiedliche Höchstzinssätze für jüdische Darlehen bis 5 Schilling, von 5–10 Schilling und von 10 Schilling bis 1 Pfund festgelegt wurden, so zeigt dies, mit welcher geringen Beträgen man im allgemeinen rechnete. Tobler (wie Anm. 2), S. 345. *Germania Judaica, III: 1350–1519*, 2 Bände, Tübingen 1987 und 1995, S. 107. Die Kurzfristigkeit wurde sogar durch besondere rechtliche Bestimmungen sichergestellt. Rückzahlung hat innert eines Jahres zu erfolgen. *Fontes rerum Bernensium*, Bd. 3, Bern 1880, S. 343, 18. April 1283: «Weler Judo oder Cristan offennen wucher gewissheit umb gelt nimet, der sol inderhalb dem jare darnach, so das zil ze geltenen ist, sin gelt vordren und sinen bürgen manen, old die bürgen sollent aber nach dem jare inen nit antwurten, noch fürbass gebunden sin.» Staatsarchiv Bern, Rotes Buch, Nr. 115, 23. April 1386: «Und sollent ouch die Lamparten und Juden ir schulde inziehen und vordren indrent jaresfrist. Teten aber si des nit, were aber das denn jeman des schuldnern gutren nach dem ersten jar kouftin und die darnach in gewerde behuben jar und tag unangesprochen und mit recht gevordret, so mag der köiffer und der schuldnern von deshin die güter in haben und ledig sin an gewerde von dien selben Lamparte und Juden.» Zitiert bei Tobler (wie Anm. 2), S. 352.
- 18 Dazu Hans-Jörg Gilomen, «Kirchliche Theorie und Wirtschaftspraxis. Der Streit um die Basler Wucherpredigt des Johannes Mulberg», in: *Itinera* 4, Basel 1986, S. 34–62; Gilomen, Hemmerlin (wie Anm. 6), jeweils mit weiterer Literatur.
- 19 Dazu Hans-Jörg Gilomen, «Wucher und Wirtschaft im Mittelalter», in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), S. 265–301.
- 20 Dies entspricht dem allgemeinen Befund, siehe Wenninger (wie Anm. 1), S. 29.
- 21 Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte, bearb. von Werner Schnyder, Bd. 1, Zürich 1937,

- S. 118, Nr. 229, 25. 2. 1354; Johann Caspar Ulrich, *Sammlung Jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in dem XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen*, Basel 1768 (Neudrucke Berlin 1922, Farnborough U. K. 1969), S. 382–384.
- 22 *Quellen zur Zürcher Wirtschaftsgeschichte*, bearb. von Werner Schnyder, Bd. 1, Zürich 1937, Nr. 240, 14. Sept. 1357; Johann Caspar Ulrich (wie Anm. 21), S. 384–385.
- 23 Worum es sich handelte, ist unklar; die neu aufgenommenen Juden scheinen durch Zahlungen an den Stadtbau Ansprüche der Stadt an früher hier sesshafte, mit ihnen verwandte Juden abgegolten zu haben.
- 24 Tobler (wie Anm. 2), S. 362–367, Beilage.
- 25 Um 1400 belief sich die Gesamtverschuldung auf 9131 Gulden in Wiederkaufsrenten zu jährlich 544 Gulden Zins; dazu kamen Leibrentenzinse von jährlich 290 Gulden. Die Schulden sind dann laufend angestiegen auf den Höchststand von 105'466 Gulden Rentenkapital im Jahr 1446; siehe Hans-Jörg Gilomen, «Die städtische Schuld Berns und der Basler Rentenmarkt im 15. Jahrhundert», in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 82 (1982), S. 5–64, hier 17, 19.
- 26 So nahm Bern im Jahr 1384 bei den Lombarden in Solothurn 2060 Gulden auf, J. J. Amiet, «Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters namentlich in der Schweiz», in: *Jahrbuch für Schweizerische Geschichte* 1 (1876), S. 177–255; 2 (1877), S. 141–328, hier 241.
- 27 *Die Berner-Chronik des Conrad Justinger*, hg. von G. Studer, Bern 1871, S. 29 f., schliesst seine Schilderung des angeblichen Ritualmords der Berner Juden an dem Knaben Ruof von 1294 mit dem Gelöbnis der Gemeinde, «[...] daz kein jude niemerme gan Bern komen sollte. Nu ist es leider sider dik zerbrochen, darumbe etlich wise lüte haltent, daz waz ungefelles die stat Bern sider angangen syc von grossen brünsten oder ander sachen, daz man daz von dien juden hab. Wie möchte ich mich eines herren getrösten, daz er mir genedig were, so ich sin vigent enthalt und den hilflich bin daz si wider minen herren tun? Die juden sint doch die, die unsrem herren got und herren Jesu Christi und Marien siner lieben muter fluchent, bosheit laster und schand von in redent; den git man brief und ingesigel, daz si geschirmet söllen werden zu dem unrechten!» Nach Tobler (wie Anm. 2), S. 360 f., spricht Justinger, der selbst einem Zürcher und einem Berner Kaufmann 1431 Geld geliehen hat, aus Konkurrenzneid.
- 28 Thomas Bardelle, Jean-Daniel Morerod, «La lutte contre l'usure au début du XV<sup>e</sup> siècle et l'installation d'une communauté juive à Lausanne», in: *Etudes de Lettres* 4 (1992), S. 3–20.
- 29 Ebd., S. 13.
- 30 Ebd., S. 12.
- 31 Ebd., S. 15.
- 32 Ebd., S. 11.
- 33 *Die Zürcher Stadtbücher des XIV. und XV. Jahrhunderts*, hg. von H. Zeller-Werdmüller, Bd. 2, Leipzig 1901, S. 166 f., Nr. 196, 16. Aug. 1423; S. 186, Nr. 225, 15. Mai 1424; S. 192 f., Nr. 229, 24. Juni 1424.
- 34 Ebd., S. 186, Nr. 225.
- 35 Staatsarchiv Zürich, Urk. Stadt und Land, Nr. 290.
- 36 Zürcher Stadtbücher (wie Anm. 33), S. 192 f., Nr. 229.
- 37 *Zeitschrift für noch ungedruckte Schweizerische Rechtsquellen*, Bd. 2: *Thurgauische Rechtsquellen*, hg. von Joseph Schauberg, Zürich 1847, S. 46, danach zitiert bei Oliver Landolt, «Wie die juden zuo Diessenhofern ein armen knaben ermurtend, und wie es inen gieng.» Ritualmordvorwürfe und Judenverfolgungen von 1401», in: *Schaffhauser Beiträge zur Geschichte* 73 (1996), S. 161–194, hier 190, Anm. 155.
- 38 Stadtarchiv Winterthur, B 4, 1, Missiven, 6 r, 8 r–9 v.

- 39 Staatsarchiv Schaffhausen Ordnungen A 4, 15 r–18 r; zitiert bei Landolt (wie Anm. 37), S. 190, Anm. 155.
- 40 Zum Folgenden Hans-Jörg Gilomen, «Spätmittelalterliche Siedlungssegregation und Ghettoisierung, insbesondere im Gebiet der heutigen Schweiz», in: *Stadt- und Landmauern*, Bd. 3: *Abgrenzungen – Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt* (Veröffentlichungen des Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich 15, 3), Zürich 1999, S. 85–106.
- 41 Hans-Jörg Gilomen, «Städtische Sondergruppen im Bürgerrecht», in: Rainer C. Schwinges (Hg.), *Neubürger im Reich*, Berlin 1999 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft), im Druck.
- 42 Belege und Literatur dazu bei Gilomen, Bürgerrecht (wie Anm. 41); siehe aber auch Alfred Haverkamp, «Concivilitas» von Christen und Juden in Aschkenas im Mittelalter», in: Robert Jütte, Abraham P. Kustermann (Hg.), *Jüdische Gemeinden und Organisationsformen von der Antike bis zur Gegenwart* (Aschkenas Beiheft 3), Köln 1996, S. 103–136; Klaus Lohrmann, «Bemerkungen zum Problem <Jude und Bürger>» in: Fritz Mayrhofer, Ferdinand Opll (Hg.), *Juden in der Stadt* (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 15), Linz 1999, S. 145–165.
- 43 So die Forschungsmeinung zusammenfassend Frantisek Graus, «Judenfeindschaft im Mittelalter», in: Norbert Kampe, Herbert A. Strauss (Hg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Frankfurt 1985, S. 29–46, hier 41. Zu neuerdings aufgetauchten Einwänden insbesondere von Gerd Mentgen, «Die Juden waren stets eine Randgruppe». Über eine fragwürdige Prämisse der aktuellen Judenforschung», in: Friedhelm Burgard et al. (Hg.), *Liber amicorum necnon et amicarum für Alfred Heit. Beiträge zur Mittelalterlichen Geschichte und geschichtlichen Landeskunde*, Trier 1996, S. 393–411, hier 408–410; siehe Gilomen, Bürgerrecht (wie Anm. 41).
- 44 So in Neuenburg seit 1476. *Germania Judaica III* (wie Anm. 17), S. 943.
- 45 *Fontes rerum Bernensium* 4, Bern 1889, 217–220, Nr. 187, Biel, 26. 5. 1305: «[...] quamdiu ipsis placuerit nostra commoratio.»
- 46 Ebd., «[...] eosdem Judeos, cum placuerit, licentiarum potest et repellere a villa nostra Bielle.»
- 47 *Urkundenbuch der Stadt Basel*, Bd. 5, bearb. von Rudolf Wackernagel, Basel 1900, S. 92–94, Nr. 85, 1386.
- 48 Ebd., S. 213 f., Nr. 204, 1394 Juni 23.
- 49 Siehe den Bericht der Stadt Colmar über die Aussagen der gefangenen Juden vom 23. 6. 1397: *Urkundenbuch der Stadt Freiburg im Breisgau*, hg. von Heinrich Schreiber, 2. Bd, 1. Abt., Freiburg i. Br. 1828, S. 108–111, Nr. CCCLIV–CCCLVI; *Germania Judaica III* (wie Anm. 17), S. 1170.
- 50 Ebd., S. 85 f.
- 51 *Urkundenbuch Basel* (wie Anm. 47), S. 262 f., Nr. 243, 1398 Nov. 26.
- 52 Kathrin Utz Tremp, «Ein Dominikaner im Franziskanerkloster: der Wanderprediger Vinzenz Ferrer und die Freiburger Waldenser (1404)», in: *Zur geistigen Welt der Franziskaner im 14. und 15. Jahrhundert*, Freiburg i. Ü 1995, S. 81–106.
- 53 Tobler (wie Anm. 2), S. 29.
- 54 Justinger (wie Anm. 27), S. 29 f.: «[...] darumbe etlich wise lüte haltent, daz waz ungefelles die stat Bern sider angangen sye von grossen brünsten oder ander sachen, daz man daz von dien juden hab. Wie möchte ich mich eines herren getrösten, daz er mi genedig were, so ich sin vigent enthalt und den hilflich bin, daz si wider minen herren tuon? Die juden sind doch die, die unsrem herren got und herren Jesu Christi und Marien siner lieben muter fluchent, bosheit, laster und schant von in redent; den git man brief und ingesigel, daz si geschirmet söllen werden zu dem unrechten. Der daran schuld het, der sol rach bevinden am jüngsten gerichte, da kein miet hilft noch kein gewalt.»

- 55 Tobler (wie Anm. 2), S. 361.
- 56 Im Dezember 1289 vertrieb z. B. Karl II. von Anjou-Neapel die Juden und zugleich die Lombarden und Cahorsiner aus Anjou und Maine; David Abulafia, «Il Mezzogiorno peninsulare dai bizantini all'espulsione (1541)», in: Vivanti (wie Anm. 11), S. 3–44, hier 20: «In effetti il decreto di espulsione non colpiva solo gli ebrei ma tutti coloro che esercitavano attività di prestito nel distretto, tanto che anche Lombardi e Caorsini dovettero andarsene.»
- 57 Zürcher Stadtbücher (wie Anm. 33), S. 166 f., Nr. 196, 16. Aug. 1423.
- 58 Florence Guggenheim-Grünberg, *Judenschicksale und «Judenschuol» im mittelalterlichen Zürich*, Zürich 1967, S. 17, 30.
- 59 Siehe oben, S. 100.
- 60 *Die Zürcher Stadtbücher des XIV. und XV. Jahrhunderts*, Bd. 3, hg. von Hans Naholz, Leipzig 1906, S. 75, Nr. 79.
- 61 Ebd., S. 76, Nr. 80.
- 62 Ebd., S. 76, Nr. 81.
- 63 Germania Judaica III (wie Anm. 17), S. 1736: 1460–1462 und 1464–ca. 1468 Salomon von Schaffhausen; 1472 für kurze Zeit sein Bruder Raphael; 1488/89 der Arzt Lazarus von Rheinau.
- 64 Alfred Haverkamp, «Die Juden im mittelalterlichen Trier», in: *Kurtrierisches Jahrbuch* 19 (1979), S. 5–57, rechnet S. 20 für Trier um die Mitte des 14. Jahrhunderts mit einem Faktor 6. Die jüdische Gemeinde Zürichs in ihrer grössten belegten Zahl um 1390 kann nicht mit grossen Gemeinden des Reichs wie derjenigen von Köln oder Wien verglichen werden, entspricht aber etwa derjenigen von Augsburg, wo 1346 etwa 18 jüdische Steuerzahler nachgewiesen sind, siehe Bernhard Schimmelpfennig, «Christen und Juden im Augsburg des Mittelalters», in: Rolf Kiessling (Hg.), *Judengemeinden in Schwaben im Kontext des Alten Reiches* (Colloquia Augustana 2), Berlin 1995, S. 23–38, hier 32.
- 65 Germania Judaica III (wie Anm. 17), S. 1727. Zu den jüdischen Steuerzahlern siehe *Die Steuerbücher von Stadt und Landschaft Zürich des XIV. und XV. Jahrhunderts*, 8 Bände, Zürich 1918–1958, bes. Bd. 7, S. 259 f., 262, 269 f. (1402/03 zehn Steuernde), 271 (1404/05 zehn Steuernde), 271 f. (1406/07 elf Steuernde), 274 (1413/14 sieben Steuernde), 276 (1418/19 sieben Steuernde). Auch der markante Rückgang jüdischer Bewohner zu Beginn des 15. Jahrhunderts noch vor der Vertreibung hat viele Parallelen, so etwa wiederum in Augsburg, wo die Vertreibung 1438 beschlossen wurde; siehe Schimmelpfennig (wie Anm. 64), S. 36.
- 66 M. Kirchhofer, «Beitrag zur Geschichte der Juden in der Schweiz», in: *Der Schweizerische Geschichtsforscher* 4 (1821), S. 343–349, Text der Urfehde hier gedruckt S. 346–349. Beziehungen Waldmanns sind zum Kloster in Stein am Rhein belegt, siehe Ernst Gagliardi (Hg.), *Dokumente zur Geschichte des Bürgermeisters Hans Waldmann*, 2 Bände, Basel 1911–1913, S. 249 f., Nr. 178. Zu Waldmann siehe jetzt Ueli Vonrufs, *Die politische Führungsgruppe Zürichs in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Struktur, soziale Beziehungen, politische Networks*, Diss., Zürich 1998 (im Druck).
- 67 Zum folgenden Gilomen, Siedlungssegregation (wie Anm. 40), S. 98–100.
- 68 *Les Sources du droit du Canton de Genève*, Bd. 1 (Les Sources du droit suisse, XXII<sup>e</sup> partie), hg. von Emile Rivoire, Victor van Berchem, Aarau 1927, S. 266 f., Nr. 118, 6. 8. 1408.
- 69 Shlomo Simonsohn, *The Apostolic See and the Jews, Documents: 1394–1464*, Toronto 1989, S. 713 f., Nr. 615, Rom, 26. 2. 1422.
- 70 Ebd., S. 786–788, Nr. 668, Rom, 29. 3. 1430.
- 71 Achille Nordmann, «Histoire des Juifs à Genève de 1281 à 1780», in: *Revue des études juives* 80, Paris 1925, S. 3–43, hier 19: «Johanni Jacelli pro sua pena quem habuit in faciendo convenire Judeos in eorum ordinatum cancellum prope portam Palatii, qui Judei erant per villam

dispersi [...] fuerunt dati et remissi iij ffl. cum dimidio, quos receperat a receptore pro faciendis caminis in dicto cancello, qui postea sibi fuerunt soluti per proprietarios domorum dicti cancelli. Item fuit sibi remissus pro sua leva j ffl.» Als Rückführung von Juden, welche ausserhalb des Ghettos angetroffen wurden, deutet die Stelle Antony Babel, *Histoire économique de Genève. Des origines au début du XVI<sup>e</sup> siècle*, Bd. 2, Genf, S. 453.

- 72 «Decreta sev statvta vetera Serenissimorum ac praepotentum Sabaudiae Ducum, et Pedemontij Principum, per D. Io. Neuizanum olim compilatum, Avgvstae Tavrinoꝝ MDLXXXVI [1586], fol. 4 r: «Judei debent a vicinis et cohabitatione fidelium separari, et in unum locum clausum recludi. Cap. VIII. Ne mentes fidelium, ex vicinitate iudaeorum corrumpantur, ipsique iudei christianis quantum vellent nocere non valeant, ad evitandas quascunque damnatas commixiones virorum et mulierum christianorum, et iudaeorum; statuimus quod ubique locorum patrie nostrae, in quibus iudeos habitationem habere contigerit, per castellanos, seu officarios, seu syndicos locorum, ipsi iudaei viri, et mulieres cum tota prole a carreriis publicis, et a vicinia Christianorum in unum locum securum clausum qui iudaesymus nuncupetur segregentur. Unde a solis occasu usque ad ortum exire non praesument, nisi ex causa incendii intra iudeasymum vel prope exorti, violentiae eis illate infirmitatis repentinae, vel purgationis legalis iudeorum. Nec in ipsis temporis intervallis aliquem christianum virum vel mulierem solos intra dictum iudeasymi clausas tenere, sub poena carceris per tres dies in victu panis et aque per quoslibet iudeos contrafacientes sine remissione quacunque subitienda ipso facto.»
- 73 *Registres du Conseil de Genève*, Bd. 2, Genf 1906, S. 22 f., 7. April 1461: «In quoquidem consilio fuit expositum et dictum scandalum quod fuit die herina factum et perpetratum in domibus Judeorum et super verberibus et rebus captis et substractis ab eisdem. [...] predicator dixit in suo sermone quod, quando viderentur Judei, quod verberarentur manus [...]»; in der Ratssitzung vom 8. Mai wurde festgehalten «quod insultus qui fuit factus pridie [waren es zwei Überfälle?] contra Judeos duravit sex horas [...] post solis occasum, fuerunt facte omnes fracture et depredaciones que facte fuerunt [...]»; ebd., S. 29 f. 8. Mai 1461. Ebd., S. 33 f., 22. Mai: «Et plus quod fuerunt quamplurimi in dicto insultu, tam potentes quam pauperes, et quod nulla diligencia facta fuit per dominos syndicos nec per castellanum contra grossos et potentes, nisi duntaxat contra pauperes et illos qui nichil habent etc.» Vgl. auch S. 39, 7. Juni 1461; 73, 1. Dezember 1461.
- 74 *Registres du Conseil de Genève*, Bd. 4, Genf 1911, S. 317, 30. 11. 1490: «Conclusum est quod omnes lubricae mulieres juxta mentem predicatoris separentur ab omnibus carreriis honestis, et, ut habeant locum ultra loca jam ordinata, statuitur locus Judaisini et carreria Sancti Christofori [...]» Vgl. auch ebd., S. 340, 11. 2. 1491.
- 75 Ebd., S. 321, 23. 12. 1490: «Post hec dicti egregii sindici requisierunt prefatos dominos vicarios ut vellent omnes Judeos ab hac civitate expellere secundum doctrinam moderni predicatoris; qui d. vicarii perceperunt egregio Consilii licteras injunctionales ipsis Judeis ut debeant ab hac civitate recedere infra terminum per ipsos d. vicarios statuendum.»
- 76 *Helvetia Sacra III/1, Frühe Klöster, die Benediktiner und Benediktinerinnen in der Schweiz*, Bern 1986, S. 1147 f. bringt darüber nichts.
- 77 *Germania Judaica III* (wie Anm. 17), S. 1237 f.
- 78 Zitiert bei Amiet (wie Anm. 26), 2, S. 203 f.
- 79 Simonsohn (wie Anm. 69), S. 559–566, Nr. 510–514; 567 f., Nr. 516.
- 80 Ebd., S. 568–570, Nr. 517; 572–574, Nr. 520; 578–580, Nr. 524–525.
- 81 Ebd., S. 574–578, Nr. 521–523; 581–613, Nr. 526–552; 615–619, Nr. 555–558.
- 82 Max Simonsohn, *Die kirchliche Judengesetzgebung im Zeitalter der Reformkonzilien von Konstanz und Basel*, Diss., Freiburg i. Br. 1912, S. 3.
- 83 Simonsohn (wie Anm. 69), S. 593–602, Nr. 538, Valencia, 11. 5. 1415, bes. S. 598 f.

- 84 Schon vor 1154 befahl Ludwig VII. von Frankreich, die Juden sollten jeglichen Wucher aufgeben und von ihrer Hände Arbeit oder von wucherfreiem Handel leben; siehe Gilomen, Wucher (wie Anm. 19), S. 280 f.
- 85 Simonsohn (wie Anm. 82), S. 18.
- 86 Simonsohn (wie Anm. 69), S. 699, Nr. 609; siehe auch S. 757, Nr. 648, Rom, 3. 8. 1427.
- 87 Ebd., S. 711–713, Nr. 614. Vgl. auch S. 771–774, Nr. 658, Rom 13. 2. 1429.
- 88 Ebd., S. 720 f., Nr. 620, Rom, 1. 2. 1423. Simonsohn (wie Anm. 82), S. 34, hat den Wandel in der Politik des Papstes, dessen unverändert judenfreundliche Gesinnung er betont, auf den Druck der Geistlichkeit und des Volkes zurückgeführt. Die Motive des Papstes sind aber immer noch unklar.
- 89 Simonsohn (wie Anm. 69), S. 721–725, Nr. 621–623; S. 756 f., Nr. 647b; S. 765 f., Nr. 654; S. 769, Nr. 656; S. 778 f., Nr. 662a; S. 792 f., Nr. 672; zum Wucher bes. S. 739–742, Nr. 636–637; S. 766–768, Nr. 655; S. 769 f., Nr. 657; S. 794 f., Nr. 674.
- 90 Ebd., S. 748–750, Nr. 643, Rom, 1. 2. 1427.
- 91 Ebd., S. 786–788, Nr. 668, Rom, 29. 3. 1430.
- 92 Simonsohn (wie Anm. 82), S. 38, Anm. 1.
- 93 Am Chorgestühl des Basler Münsters, das für das Konzil angefertigt wurde, ist eine Judensau dargestellt: *Germania Judaica III* (wie Anm. 17), S. 84.
- 94 Johannes Helmuth, *Das Basler Konzil. Forschungsstand und Probleme* (Kölner Historische Abhandlungen 32), Köln 1987, S. 336 f.
- 95 Dies geht aus einer Erwähnung bei Nikolaus V. hervor; siehe Simonsohn (wie Anm. 82), S. 47.
- 96 H. Vogelstein, P. Rieger, *Geschichte der Juden in Rom*, 2 Bände, Berlin 1896, Bd. 2, S. 11.
- 97 Simonsohn (wie Anm. 69), S. 866–869, Nr. 740.
- 98 Ebd., S. 881, Nr. 745.